

Antrag zum Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 27. Mai 2014

Maßnahmen zur Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Österreich und im speziellen des Wirtschaftsstandortes Kärntens

Durch vermehrte Signale aus verschiedenen, nicht Wirtschaftsbereichen sind Vorgänge zu erwarten, die eine massive zusätzliche Belastungen der Wirtschaft erwarten lässt. Besonders im Bereich der Sozialleistungen, der Personalkosten und der Lohnnebenkosten werden kostenintensive Veränderungen angedacht.

Zum Beispiel: **Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich** (*heute von Experten in der BRD diskutiert und gefordert, morgen in Österreich ein Gesetzesentwurf*), **Ausweitung der Urlaubsansprüche auf sechs Wochen und eine Ausweitung der gesetzlichen Feiertage** sind geplante Anforderungen welche, wenn auch heute angedacht und diskutiert, morgen als verbindliche Sozialgesetze auf dem Tisch liegen und von der Wirtschaft getragen werden müssen.

Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den Zukunftsprognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und somit auch für Österreich wird durch weitere Belastungen der Wirtschaft im Sozial- und Lohnnebenkostenbereich die globale Wettbewerbsfähigkeit weiter eingeschränkt. Der anhaltende globale Verdrängung und Zerstörungswettbewerb ist für die kleinstrukturierte Wirtschaft Österreichs ohnehin eine große Belastung. Eine Verschärfung der Wettbewerbsfähigkeit durch zusätzliche Belastungen kann nicht zu einer Verbesserung der groß teils standortgebundenen Klein und Mittelbetriebe führen.

Die immer wieder genannten Forderungen der Interessenvertretung den Mittelstand zu stärken, die Lohnnebenkosten zu senken und die Eigenkapitalsituation der Klein- und Mittelbetriebe zu verbessern, würde durch solche weiteren Belastungsmaßnahmen sich noch weiter von einer Realisierung entfernen wie sie bislang schon sind.

ANTRAG

Die Organe der Wirtschaftskammer Kärnten werden ersucht , im Wege der Wirtschaftskammer Österreich als Interessensvertretung **der österreichischen Wirtschaft** verstärkt und mit Nachdruck auf die parlamentarischen Vertreter der Wirtschaftskammer einzuwirken, dass die geplanten Maßnahmen **wie eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich, Ausweitung der Urlaubsansprüche auf sechs Wochen und eine Ausweitung der gesetzlichen Feiertage** im Sinne einer Wirtschaftsstandortsicherung schon vor einer gesetzlichen Verankerung verhindert wird.

Außerdem werden die Organe der Wirtschaftskammer Kärnten ersucht, auf die Vertreter der Wirtschaftskammer Österreich in den gesetzgebenden Instanzen einzuwirken, endlich Maßnahmen zur Reduzierung der ohnehin sehr hohen Lohnnebenkosten umzusetzen und diese nicht durch zusätzliche Maßnahmen zu erhöhen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Friedrich Reinbold', written over a light blue grid background.

WP Delegierter Lim Stv.
Friedrich REINBOLD